

**DEPARTEMENT
GESUNDHEIT UND SOZIALES**

EANHÖRUNG: IHRE STELLUNGNAHME

Dieses Dokument zeigt Ihnen Ihre notierten Angaben aus dem Online-Fragebogen. Es wird automatisch generiert.

Details

Name der eAnhörung	Gesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz im Kanton Aargau
PDF-Dokument generiert am	03.02.2022 10:52
Stellungnahme von:	Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK)

FRAGEBOGEN ZUR ANHÖRUNG

Gesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz im Kanton Aargau (BZG-AG); Änderung

Anhörungsdauer

Die Anhörung dauert vom 8. Oktober 2021 bis 4. Februar 2022.

Inhalt

Nach der Totalrevision des Bundesgesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG) vom 20. Dezember 2019 (SR 520.1) resultiert ein Anpassungs- und Klärungsbedarf für die kantonale Gesetzgebung. Das Gesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz im Kanton Aargau (BZG-AG) vom 4. Juli 2006 (SAR 515.200) soll angepasst und gleichzeitig weiterentwickelt werden.

Die vollständigen Unterlagen zur Vorlage und zur Anhörung sind zu finden unter www.ag.ch/anhörungen.

Auskunftsperson

Bei inhaltlichen Fragen zur Anhörung können Sie sich an die folgende Stelle wenden:

KANTON AARGAU

Departement Gesundheit und Soziales
Abteilung Militär und Bevölkerungsschutz
Lia Reiser
Projektleiterin Revision BZG-AG
062 835 31 35
politischegeschaefte.amb@ag.ch

Angaben zur Ihrer Stellungnahme

Sie nehmen an dieser Anhörung im Namen einer Organisation teil.

Wenn Ihnen unten bereits Daten angezeigt werden, sind Ihre Angaben bereits hinterlegt. Sie können die Daten bei Bedarf überschreiben und so die Angaben korrigieren. Wichtig: Wenn Sie bspw. die E-Mail-Adresse ändern, wird fortan die neue von Ihnen notierte E-Mail-Adresse für den E-Mail-Versand für eine Anhörungseinladung verwendet!

Wenn Ihnen noch keine Angaben angezeigt werden, geben Sie bitte unten Ihre entsprechenden Kontaktdaten ein. Die notierten Angaben werden hinterlegt und Ihnen in weiteren Teilnahmen an eAnhörungen automatisch angezeigt.

Adressblock - Ihre Angaben

Name der Organisation	Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK)
E-Mail	info@aihk.ch

Zuständige Person bei inhaltlichen Rückfragen

Bitte notieren

Vorname	David Sassan
Nachname	Müller
E-Mail	david.mueller@aihk.ch

Fragen zur Anhörungsvorlage

Frage 1: Obligatorische Sicherheitsveranstaltung Bevölkerungsschutz

Die Partner im Bevölkerungsschutz sollen jährlich eine Sicherheitsveranstaltung für die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons durchführen (vgl. Kapitel 3.1 im Anhörungsbericht). Veranstaltungen auf freiwilliger Basis vermögen das Zielpublikum nur in sehr bescheidenem Umfang zu erreichen. Um die Organisationen im Bevölkerungsschutz besser alimentieren zu können, muss die Teilnahme an der Sicherheitsveranstaltung obligatorisch sein. Sie soll dezentral durch die Bevölkerungsschutzregionen durchgeführt werden. Dabei kann der Kanton die Bevölkerungsschutzorganisationen unterstützen. Die Kosten fallen damit schwergewichtig bei den Bevölkerungsschutzregionen, zu einem kleineren Teil beim Kanton an. Zur Durchsetzung des Obligatoriums ist für die verschuldete Nichtteilnahme an der Sicherheitsveranstaltung eine Sanktion vorgesehen. Die Sicherheitsveranstaltung fällt nicht in den Geltungsbereich des Erwerbersatzgesetzes; eine finanzielle Entschädigung der Teilnahme ist nicht vorgesehen.

Sind Sie mit der obligatorischen Teilnahme der Einwohnerinnen und Einwohnern an einer regional durchgeführten Sicherheitsveranstaltung (neuer § 18a BZG-AG) einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 1

Die AIHK anerkennt die mit einer obligatorischen Sicherheitsveranstaltung nach § 18a BZG-AG angedachte Zielsetzung, die jungen Menschen im Kanton Aargau besser über das Thema Sicherheit zu informieren, die Alimentierung der Bestände im Bereich des Bevölkerungsschutzes zu verbessern und das Engagement im Bevölkerungsschutz zu fördern. Mit diesen Zielen vor Augen, wäre die Wirtschaft sogar bereit, die entsprechend resultierenden Ausfälle bei der Arbeitnehmerschaft zu akzeptieren.

Fraglich bleibt allerdings, ob die Zielsetzung mit einer solchen obligatorischen Sicherheitsveranstaltung auch tatsächlich sicherzustellen ist. Da sind wir eher skeptisch. Mit vielen Fragezeichen behaftet ist schliesslich auch die Umsetzung einer solchen Veranstaltung. Würden die Zielsetzungen nicht allenfalls auch mit einer massiv abgespeckten Version, beispielsweise in Form einer (obligatorischen) Abendveranstaltung, erreicht werden können? Und wäre es nicht auch sinnvoll, neben denjenigen die Militärdienst leisten, allenfalls auch diejenigen auszunehmen, welche Feuerwehrdienst leisten und diejenigen, welche beruflich bei einer Blaulichtorganisation tätig sind?

Gegen die Einführung einer solchen obligatorischen Sicherheitsveranstaltung würde sich die

Wirtschaft wohl positionieren, wenn die Lohnfortzahlung dafür einzig und allein auf die Arbeitgebenden abgewälzt würde. Die AIHK spricht sich daher klar dafür aus, dass der Kanton die entsprechenden Kosten zu tragen hätte. Dabei erachten wir die pauschale Entschädigung in Höhe von CHF 50.- oder CHF 75.- als zu tief; die Pauschale müsste mindestens CHF 100.- betragen. Das würde den Kanton somit jährlich rund CHF 370'000.- kosten.

Fragwürdig sind auch die angedachten Sanktionsregelungen in § 18a Abs. 3 BZG-AG. Der zu erwartende administrative Aufwand in Zusammenhang mit der praktischen Umsetzung einer solchen Sanktionsregelung darf jedenfalls nicht unterschätzt werden (z.B. Überprüfung der ordnungsgemässen Aufbietung, Bussenausstellung vermutlich über Strafbefehlsverfahren, Beantwortung von Rückfragen gebüsster Personen zur Tragweite der Sanktion und namentlich zur Frage eines Strafregistereintrages, Inkasso der Bussenbeträge eventuell sogar mit Ersatzfreiheitsstrafen, usw.).

Frage 2: Alarmierung und Telematik

Das neue Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz des Bunds trifft Regeln über die einzelnen Telematiksysteme von Bund und Kantonen. Konkret geht es um das mobile Sicherheitsfunksystem, das nationale sichere Datenverbundsystem, das zukünftige mobile breitbandige Sicherheitskommunikationssystem und das zukünftige nationale Lageverbundsystem. Der Bund ist zuständig für die zentralen Komponenten. Die Kantone sind zuständig für die dezentralen Komponenten dieser Systeme. Es sind kantonale Regelungen zum Einbezug der Partner des Bevölkerungsschutzes nötig (vgl. Kapitel 3.2 Anhörungsbericht).

Sind Sie mit der Einbindung der Partner im Bevölkerungsschutz und der Betreiber der Kritischen Infrastrukturen in die Telematiksysteme des Bevölkerungsschutzes (§ 11a BZG-AG) einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 2

Die Wirtschaft hat ein Interesse daran, dass der Bevölkerungsschutz und die entsprechenden Alarmierungssysteme funktionieren.

Frage 3: Führung

Die Rolle der Regionalen Führungsorgane (RFO) soll präzisiert werden. Zur Klärung der erwarteten Leistungen und Aufgaben erhalten die RFO kombinierte Leistungsaufträge. Die Leistungsaufträge stammen von der regionalen Stufe, also den Bevölkerungsschutzregionen, sowie von der kantonalen Koordinationsstelle für Bevölkerungsschutz. Damit können regionale Bedürfnisse und kantonale Vorgaben koordiniert, transparent gemacht und verpflichtend festgelegt werden.

Sind Sie mit der Erteilung kombinierter Leistungsaufträge durch die Bevölkerungsschutzregionen und durch den Kanton an die Regionalen Führungsorgane (§ 10 Abs. 2^{bis} BZG-AG) einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 3

Die AIHK kann hier mangels direkter Relevanz für die Wirtschaft und mangels Erfahrungen kaum Angaben machen. Die genauen Zuständigkeiten erscheinen uns bei der angedachten Regelung allerdings unklar. Einfacher wäre sicherlich auf den militärischen Grundsatz «ein Raum, ein Chef, ein Auftrag» abzustellen, welcher hier aufgeweicht wird.

Frage 4: ABC

Der Schutz vor ABC-Ereignissen (atomar, biologisch, chemisch) ist eine zentrale Aufgabe des Bevölkerungsschutzes. Die Rollenverteilung zwischen den involvierten Partnerorganisationen im Bevölkerungsschutz ist nicht abschliessend geklärt. Auch darum fehlt es an konzeptionellen Grundlagen für den ABC-Schutz. Der ABC-Schutz soll neu als Aufgabe explizit im BZG-AG verankert werden. Damit können die Expertisen der verschiedenen Partner optimal genutzt und die bestehende Regelungslücke geschlossen werden. Die weitere Umsetzung wird der Regierungsrat auf der Verordnungsebene vornehmen.

Sind Sie mit einer Regelung des ABC-Schutzes durch den Regierungsrat (§ 3 Abs. 2 lit. c^{bis} BZG-AG) einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden

- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 4

Die AIHK kann hier mangels direkter Relevanz für die Wirtschaft und mangels Erfahrungen keine Angaben machen.

Frage 5: Ausbildung

Mit dem neuen BZG eröffnet der Bund neue Rahmenbedingungen für die Dauer der Ausbildungen im Zivilschutz. Die Anpassungen betreffen die Grundausbildung, die Kaderausbildung, die Zusatzausbildung und die Weiterbildung. Neu schreibt der Bund einen praktischen Dienst für alle Milizkader vor. Im BZG-AG wird die Dauer der Ausbildung für den Kanton innerhalb der bundesrechtlichen Rahmenbedingungen spezifiziert (vgl. Kapitel 3.5 des Anhörungsberichts).

Sind Sie mit einer Festlegung der Grundausbildung auf einen kantonalen Rahmen von 12 bis 16 Tagen, der Kaderausbildung auf maximal 15 Tage, der Zusatzausbildung auf maximal 19 Tage, der Weiterbildung auf maximal 5 Tage und der Wiederholungskurse auf in der Regel 10 Tage pro Jahr (§§ 24, 24a und 25 BZG-AG) einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort zur Dauer aus:

	zu lange	angemessen	zu kurz	Keine Angabe
Grundausbildung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
Kaderausbildung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
Wiederholungskurse	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>

Bemerkungen zur Frage 5

Die AIHK kann hier mangels Erfahrungen kaum Angaben machen. Die Wirtschaft hat – wie vorstehend bei der Bemerkung zu Frage 2 schon einmal bemerkt – ein Interesse daran, dass der Bevölkerungsschutz gewährleistet ist. Gleichzeitig sollen die Zivilschutzleistenden nur so lange aus ihren individuellen Arbeitsprozessen herausgenommen werden, wie dies zur Erfüllung der entsprechenden staatlichen Aufgabe effektiv notwendig ist.

Frage 6: Verwaltung der Ersatzbeiträge

Gemäss den geltenden kantonalen Rechtsgrundlagen werden die Ersatzbeiträge von der zuständigen kantonalen Stelle verwaltet und verfügt. Es gibt einen kantonalen Fonds für Ersatzbeiträge. Daneben haben die meisten Gemeinden noch eigene Fonds. Die Gemeindefonds werden seit 2012 nicht mehr weiter geäufnet. In den kommenden Jahren werden die Bestände der Gemeindefonds voraussichtlich stark sinken. Bei der Verwendung der Spezialfinanzierung sind sowohl der Kanton als auch die Gemeinden durch die Zweckbindung eingeschränkt. Die Ersatzbeiträge dürfen nur für den Zivilschutz verwendet werden. Die Beiträge müssen für jede einzelne Verwendung durch den Kanton freigegeben werden. Die noch bestehenden Gemeindefonds sollen auf den Kanton übertragen werden (vgl. Kapitel 3.6 des Anhörungsberichts). Die Gemeinden werden von der Verwaltung der Fonds entlastet, die Freigabe zur Verwendung von Ersatzbeiträgen wird vereinfacht. An der Verwendung der Ersatzbeiträge für den Zivilschutz ändert sich nichts. Die Übergangszeit beträgt vier Jahre.

Sind Sie mit einer ausschliesslichen Verwaltung der Ersatzbeiträge durch den Kanton (§ 35 BZG-AG) einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 6

Die AIHK kann hier mangels direkter Relevanz für die Wirtschaft und mangels Erfahrungen keine Angaben machen.

Frage 7: Schutz kritischer Infrastrukturen

Der Kanton Aargau muss die Querschnittsaufgabe kritische Infrastrukturen auf seiner Stufe bearbeiten können. Es soll eine Zentralstelle für den Schutz kritischer Infrastrukturen bezeichnet und die kantonalen kritischen Infrastrukturen sollen inventarisiert werden (vgl. Kapitel 3.7 des Anhörungsberichts). Letztlich geht es dabei um die Schaffung von Rechtsgrundlagen für die Zusammenarbeit kantonalen Stellen mit den privaten Betreibern von kritischen Infrastrukturen.

Sind Sie mit der Schaffung einer Zentralstelle und der Inventarisierung kantonaler kritischer Infrastrukturen (§ 44a BZG-AG) einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 7

Der Schutz der kritischen Infrastruktur ist für die Wirtschaft wichtig. Aufgrund der bundesrechtlichen Vorgaben erscheinen eine Modernisierung und Zentralisierung der entsprechenden Inventarisierung sinnvoll und stellen einen weiteren Schritt in Richtung Digitalisierung der Verwaltung dar. Insofern erheben wir keine Einwände, plädieren allerdings dafür, dass die Schaffung der Zentralstelle kostenneutral erfolgt, also keine zusätzlichen Verwaltungsangestellten benötigt werden.

Auf der nachfolgenden Seite erhalten Sie Gelegenheit, Schlussbemerkungen zur vorliegenden Anhörung zu notieren.

Bitte beachten Sie: Ihre Stellungnahme wird erst eingereicht, wenn Sie anschliessend auf den Button "Antworten abschicken" klicken! Vorher wird Ihre Stellungnahme nicht übermittelt.

Schlussbemerkungen

Vielen Dank für die Berücksichtigung unserer Positionen.